

türkei infodienst

NR. 58

ERSCHEINT 14-TAGIG

20.6.1983

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Tercüman vom 07.06.1983

Zwei Todesstrafen wurden vollstreckt

Im Gefängnis Buca wurden gestern morgen (da es sich um die Deutschlandausgabe handelt, muß es vorgestern heißen, tid) Halil Esendag und Sercuk Duracik hingerichtet. Sie hatten am 7. September 1979 eine Bäckerei überfallen und 4 Personen aus ideologischen Motiven umgebracht.

Damit hat sich die Zahl der Hinrichtungen seit dem 12.09.1980 auf 48 erhöht.

b) TODESSTRAFEN

Kurdistan-Report vom Juni 1983

Gegen 42 Kriegsgefangene der PKK-Militanten wurden Todesstrafen verhängt

Die Namen der im Prozeß von Diyarbakir zum Tode verurteilten (wir haben hier auch die 12 Namen aus der vorherigen Ausgabe des tid übernommen, da teilweise eine andere Schreibweise vorliegt, tid):

Cenal Arat, Mehmet Canyüce, Abdülsemet Tektas, Mustafa Karasu, Mehmet Tanboga, Mehmet Takir, Sükrü Gülmiş, Mehmet Emin Keskin, Alaattin Aktas, M. Emin Gökdemir, Riza Altun, Muzaffer Ayata, Celalettin Delibas, Bedrettin Kavak, Selahattin Simsek, Celal Baymis, Hamit Baldemir, Hidir Akbalik, Ali Yener, Kemal Aktas, Abuzer Dehset, Irfan Güler, Süleyman Güneylü, Ali Kiliç, Ramazan Ödemis, Salih Ogac, Zülfikar Tak, Halil Ucut, Ali Yaverkaya, Feyzi Yetkin, Abbas Yokus, M. Fahri Ciftkus, Izzet Baykal, Yilmaz Uzun, Cuma Kuyukan.

Die Zahl der seit dem 12.09.1980 verhängten Todesstrafen beträgt weiterhin 240.

Hürriyet vom 11.06.1983

126 Todesurteile, von denen 23 vollstreckt wurden

Es wurde bekanntgegeben, daß in der Zeit von der Ausrufung des Ausnahmezustandes bis zum 30. April 1983 126 Todesurteile vor den Militärgerichten ausgesprochen wurden. Von diesen zum Tode Verurteilten werden 34 der Rechten, 81 der Linken und 8 den Separatisten zugerechnet. Weiter heißt es, daß von den zum Tode verurteilten politischen Straftätern 23 hingerichtet wurden.

Anm.: Die Statistik der ath weist in der gleichen Zeit eine Summe von 183 Todesurteilen auf, von denen bei politischen Tätern 23 vollstreckt wurden. Unter den 183 Todesurteilen befinden sich auch unpolitische Täter, aber zu einem sehr geringen Grade, so daß mindestens eine Zahl von 150 verhängten Todesstrafen der

Presse in der Türkei zu entnehmen ist. Die offiziellen Zahlen können also auch an diesem Punkte nicht stimmen, tid.

Bestätigungen

10.06.83 Necdet Sözbir RK

e) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

22.05.83	6 Linke	in Ankara
03.06.83	1 Rechter	in Istanbul
05.06.83	3 Linke	in Izmir
09.06.83	4 Linke	in Izmir

Seit dem 12.09.1980 wurden vor den Gerichten der Türkei 5.527 Anträge auf Todesstrafe gestellt.

d) PROZESSE

Cumhuriyet vom 04.06.1983

Die inhaftierten MHP'ler werden nach MAMAK verlegt

Der Vorsitzende der aufgelösten MHP, Alparlan Türkeş und drei Funktionäre werden aus der Sprachschule, in der sie bis jetzt inhaftiert waren, in einen besonderen Trakt des Militärgefängnisses Mamak verlegt. Wie in Erfahrung gebracht wurde, werden auch der Vorsitzende der TIKP, Dogu Perincek, der zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, sowie weitere Funktionäre der Partei in den besonderen Trakt von Mamak verlegt werden.

Hürriyet vom 05.06.1983

Müjdat Gezen und Dincel wurden entlassen

Der Komödiant Müjdat Gezen und der Zeichner Savas Dincel, die wegen eines Buches 'Nazim Hikmet mit Zeichnungen', das sie vor 5 Jahren publiziert hatten, verhaftet worden waren, wurden nun in der ersten Verhandlung vor der 4. Strafkammer des Gerichtes in Istanbul aus der Haft entlassen.

Cumhuriyet vom 05.06.1983

Anwälte hielten kein Plädoyer im Verfahren wegen der Vorfälle von Gültepe

Das Verfahren wegen der Vorfälle von Gültepe steht vor der Urteilsverkündung. Gegen die 18 Angeklagten forderte der Staatsanwalt für Ali Akgün die Todesstrafe, für Levent Aksu lebenslänglich, für weitere 10 Angeklagte zwischen 5 und 15 Jahren, sowie für 5 Angeklagte Freispruch aus Mangel an Beweisen. Danach wurden die Verteidiger aufgefordert, ihr Plädoyer zu halten. Die Anwälte Fehmi Can und Semih Özyay aber lehnten es ab, ein Plädoyer zu halten und führten dazu folgendes aus: "Solange unsere Mandanten nicht zur Verhandlung gebracht werden, werden wir auch keine Verteidigungsrede halten. Der § 143 des Gesetzes mit der Nummer 353 ist eine Behinderung für die Verteidigung. Das gleiche Gesetz eröffnet uns im § 40 die Möglichkeit,

die Kammer abzulehnen. Alle Anträge unsererseits, die wir seit Beginn der Verhandlung gestellt haben, sind aber mit der Begründung abgelehnt worden, daß sie das Verfahren verzögern.

Unsere Verteidigung wird also nur aus einer reinen Formalität bestehen. Deswegen verzichten wir darauf." Das Verfahren wurde dann zur Verkündung des Urteils auf einen anderen Termin vertagt.

Anm.: Wie dem türkischen Rundfunk des WDR zu entnehmen war (17.06.83) sind inzwischen die Urteile ergangen und das Gericht ist im wesentlichen den Anträgen des StA gefolgt, d.h. Ali Akgün wurde erneut zum Tode verurteilt, tid.

Cumhuriyet vom 07.06.1983

Die Leiter der Anwaltskammer machten eine Aussage bei der militärischen Staatsanwaltschaft

Wegen des Ermittlungsverfahrens gegen die Vorstandsmitglieder der Anwaltskammer Istanbul haben der Vorsitzende Orhan Apaydin und die Vorstandsmitglieder Rasim Öz, Raif Ertem und Kemal Kunkumoglu vor der militärischen Staatsanwaltschaft in Istanbul ausgesagt. Der Vorstand der Anwaltskammer wird beschuldigt, die Anwaltskammer in eine illegale Organisation verwandelt zu haben und mit illegalen Organisationen zusammen gearbeitet zu haben. Deshalb wird die Ermittlung wegen Verstoßes gegen die §§ 146/3 und 141 durchgeführt.

Tercüman vom 08.06.1983

123 Personen wurden zur 'Rückkehr in die Heimat' aufgefordert

Gegen 123 Personen erging die Aufforderung, bis zum September in die Heimat zurückzukehren, um ihre Wehrpflicht zu erfüllen. Sollten sie dies nicht tun, so werden sie ausgebürgert. Die Aufforderung erging vom Kreiswehersatzamt in Tekirdag.

Anm.: In der Meldung sind auch die Namen aufgeführt, die wir hier aber aus Platzgründen nicht wiedergeben können, tid.

Cumhuriyet vom 08.06.1983

Die letzte Nummer von Yanki wurde eingesammelt

Die in Istanbul herausgegebene Zeitschrift 'Yanki' wurde mit ihrer Ausgabe vom 6-12 Juni 1983 verboten und durch Befehl des Kriegsrechtskommandanten von Istanbul mit Publikations-, Vertriebs- und Besitzverbot belegt.

Cumhuriyet vom 09.06.1983

Der Vorsitzende der Idealistenvereine freigesprochen

Der Vorsitzende der Idealistenvereine, Muharrem Semsek, wurde jetzt vor dem Militärgericht in Ankara freigesprochen. Ihm war ein Artikel in der Zeitschrift 'Blick in die Heimat und die Welt' angelastet worden. Nun wurde beschlossen, daß die Straftat nach mehr als 6 Monaten verjährt sei und das Verfahren hinfällig ist. Muharrem Semsek war zuvor zusammen mit dem Chefredakteur der Zeitschrift, Mehmet Kazim Kara, zu einer Haftstrafe von je 21 Monaten verurteilt worden, weil der Staatspräsident in dem Artikel beleidigt worden war.

Cumhuriyet vom 09.06.83

Aussage von Perincek wurde aufgenommen

Auf Anordnung des Militärgerichtes Nr. 1 in Ankara

wurde die Aussage des Vorsitzenden der TIKP, Dogu Perincek im Militärgefängnis Mamak aufgenommen. Ihm wird ein Artikel in der Zeitschrift 'Aydinlik' zur Last gelegt. Deswegen wurde ein Verfahren vor dem Strafgericht in Istanbul eingeleitet.

Hürriyet vom 10.06.1983

Der Anwalt von Türkes wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt

Der Anwalt von Alpaslan Türkes, Serafettin Yilmaz, wurde jetzt vor dem Militärgericht Nr. 2 in Ankara zu einer Haftstrafe von 6 Monaten und 20 Tagen verurteilt, weil er in der Verhandlung am 8.7.82 den Staatsanwalt Fahrettin Demirag beleidigt hatte.

Tercüman vom 10.06.1983

Gegen 27 Gewerkschafter werden bis zu 20 Jahren Haft gefordert

Gestern begann in Istanbul vor dem Militärgericht Nr. 2 der Prozeß gegen 27 Funktionäre der Tek Ges-Is, die der Konföderation DISK angeschlossen ist. Der militärische Staatsanwalt beschuldigte die Angeklagten, daß sie die verfassungsmäßige Ordnung zerstören und an seine Stelle ein kommunistisches System errichten wollten. Die Angeklagten sagten, daß sie gewerkschaftliche Aktivitäten entfaltet haben und lehnten die Beschuldigungen ab.

Cumhuriyet vom 04.06.1983

Gegen 24 Leiter von Petkim-Is wurde eine Zusatzanklage eröffnet

Gegen 24 Mitglieder des Exekutivausschusses, der Revisoren und des Ehrengremiums von Petkim-Is, die der DISK angeschlossen ist, wurde durch eine Zusatzanklageschrift das Verfahren in Istanbul eröffnet. Sie werden beschuldigt, die verfassungsmäßige Ordnung zerstören und an seine Stelle in einer Front unter der Führung von DISK die Diktatur des Proletariats, fußend auf marxistisch-leninistischen Grundsätzen errichten zu wollen. Dafür werden Haftstrafen zwischen 6 Jahren, 8 Monaten und 20 Jahren Zuchthaus gefordert. Zusammen mit den 24 Angeklagten hat sich die Zahl der Angeklagten im Petkim-Is Verfahren auf 72 erhöht.

Cumhuriyet vom 10.06.1983

Seit der Ausrufung des Ausnahmezustandes wurden 32.671 Personen vor Militärgerichten verurteilt

In einer Mitteilung des Generalstabes werden die neuesten Zahlen über die Aktivitäten der Kriegsrechtskommandanten mitgeteilt. Demnach befanden sich mit Datum des 30. April 1983 565 Personen in Polizeigewahrsam, 14.099 Personen in Untersuchungs- und 7.507 Personen in Strafhaft. Insgesamt ergibt das eine Zahl von 22.171 Personen, die sich in den Militärgefängnissen befinden.

Seit der Ausrufung des Ausnahmezustandes bis zum 30. April 1983 wurden 61.426 Akten zu dem Militärstaatsanwälten geschickt. Davon wurden 53.954 bearbeitet und 7.472 sind noch in Bearbeitung. Von diesen Akten sind 42.431 an die Militärgerichte weitergeleitet worden. 11.195 dieser Verfahren haben mit Freispruch, 14.391 mit Haftstrafen und 12.124 mit Geldstrafen geendet. 4.721 Verfahren sind noch nicht abgeschlossen. Die 32.671 Bestrafungen verteilen sich wie folgt: 126 Todesurteile, 148 lebenslänglich, 461 mehr als 20 Jahre Haft, 1070 zwischen 10 und 20 Jahren Haft, 2.535 zwischen 5 und 10 Jahren Haft, 28.331 weniger als 5

Jahre Haft.

Hürriyet vom 11.06.1983

Im MHP-Verfahren wurde Kemal Zeybek entlassen

Der ehemalige Staatssekretär im Zoll- und Monopolministerium, Namik Kemal Zeybek, der im Verfahren gegen die MHP und Idealistenvereinigung unter Todesstrafe angeklagt ist, wurde aus der Haft entlassen. Die Anträge auf Haftentlassung für den Vorsitzenden Alpaslan Türkeş und die anderen Gefangenen wurden abgelehnt.

Cumhuriyet vom 11.06.1983

In Gölcük wurden 4 Akincis verurteilt

Vier Mitglieder des Vereines 'Akinci Gençlik' aus Adapazarı wurden jetzt vor dem Militärgericht in Gölcük zu Haftstrafen zwischen 13 und 25 Jahren verurteilt. Sie waren für schuldig gefunden worden, zwischen dem 9. Januar und dem 12. September 1980 Explosivstoffe besessen und an verschiedenen Orten Bomben geworfen zu haben.

Cumhuriyet vom 11.06.1983

Die Werke der Personen, die ausgebürgert wurden, dürfen nicht mehr eingeführt werden

Das Kabinett hat beschlossen, daß sämtliche Werke der Personen, denen die türkische Staatsbürgerschaft entzogen wurde, nicht mehr eingeführt werden dürfen. Dieser Beschluß wurde durch die Veröffentlichung im gestrigen Amtsblatt rechtskräftig.

Tercüman vom 12.06.1983

Im PKK-Verfahren mit 620 Angeklagten begannen die Vernehmungen

Im PKK-Verfahren begannen die Vernehmungen der 237 Angeklagten aus Antakya, von denen sich 2 nicht in Haft befinden. Den 620 Angeklagten aus den Provinzen Adana, Adiyaman, Gaziantep, Hatay, Icel und Kahraman, von denen sich 550 in Haft befinden, werden mehr als 100 Morde zur Last gelegt. Inzwischen wurden die Befragungen der 162 Angeklagten aus Gaziantep, von denen sich 133 in Haft befinden, und den 49 Angeklagten aus Adana beendet. Nach der Vernehmung der Angeklagten aus Antakya werden die 75 Angeklagten aus Icel vernommen.

Cumhuriyet vom 12.06.1983

Das Dev-Yol Verfahren

Die Zahl der vernommenen Angeklagten im Dev-Yol-Prozeß von Ankara mit 614 Angeklagten hat sich auf 145 erhöht. Bei der Vernehmung des Angeklagten Nr. 142, Ali Rıza Pektaş, sagte dieser: "Als Gründungsdatum der Organisation werden drei Daten genannt. Davon liegt der früheste Mitte 1978. Ich bin im März 1978 ins Gefängnis gekommen. Aus diesem Grund kann ich auch nicht Mitglied einer Organisation sein, die damals noch gar nicht gegründet war." Am Ende der Verhandlung wurden 8 Angeklagte aus der Haft entlassen.

Cumhuriyet vom 12.06.1983

Gegen 17 Bedienstete des Gefängnisses Hasdal werden zwischen 4 Monate und 15 Jahren Haft gefordert

Wegen Fluchthilfe für den als Angehörigen der MLSPB

unter Todesstrafe angeklagten Talip Yılmaz aus dem Gefängnis Hasdal in Istanbul werden nun 17 Bedienstete des Gefängnisses mit einer geforderten Haftstrafe von 4 Monaten bis 15 Jahren angeklagt. Talip Yılmaz war bei seinem Ausbruchversuch gestellt worden und bei der Auseinandersetzung am 20. Oktober 1982 getötet worden. Es stellte sich heraus, daß die Waffe, die er bei sich trug, zuvor in den Fernseher der Anstalt gelegt worden war.

Cumhuriyet vom 14.06.1983

Urteil im DHB-Verfahren: 3 mal lebenslänglich

Vor dem Militärgericht in Izmir ging der Prozeß gegen TKP/ML Aydın Devrimci Halkın Birliği zu Ende. Wegen Mordes an Ali Rüstü Yetkin, Parolenschreiben, Plakatekleben, Flugblattverteilen und verschiedener organisierter Aktivitäten wurden 4 Angeklagte zunächst zum Tode verurteilt. 3 dieser Urteile wurden wegen des Verhaltens der Angeklagten vor Gericht in lebenslänglich verwandelt, während die Strafe des vierten aus verschiedenen Gründen auf 16 Jahren und 8 Monate reduziert wurde. 14 Angeklagte wurden zu Haftstrafen zwischen 4 und 6 Jahren verurteilt, während 26 Angeklagte freigesprochen wurden.

Cumhuriyet vom 15.06.1983

Ehemaliger Abgeordneter der MSP und zwei Freunde freigesprochen

Im Prozeß gegen den ehemaligen Abgeordneten der MSP, Temel Karamollaoglu, und zwei Freunde vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara endete mit Freispruch. Sie waren als Organisationskomitee der Kundgebung in Sivas im Jahre 1980 beschuldigt worden, Reden gehalten zu haben, die gegen den Laizismus verstoßen.

e) VERHAFTUNGEN

46 TIKB-Militante, die 3 Polizisten töteten, wurden gefaßt. (Milliyet vom 02.06.1983)

22 Naksibendi wurden in Adana bei Abhaltung ihres Gottesdienstes gefaßt. (Cumhuriyet vom 02.06.1983)

In Hatay und Gaziantep wurden 12 Apocus gefaßt. (Cumhuriyet vom 08.06.1983)

In Istanbul wurden 10 Mitglieder der TIKB, die an der Ermordung von 3 Polizisten beteiligt gewesen sind, durch das Militärgericht Nr. 3 in Haft genommen. 3 Verdächtige wurden freigelassen. (Cumhuriyet vom 09.06.1983)

In Denizli und Isparta wurden 35 rechte Aktionisten verhaftet, denen 5 Morde zur Last gelegt werden. (Cumhuriyet vom 11.06.1983)

Bei der Operation 'Letzte Rest' wurden in Ankara 42 Militante der blutigen Terrororganisationen Dev-Yol und Kurtulus gefaßt. (Hürriyet vom 17.06.1983)

f) ERSCHIEßUNGEN

Cumhuriyet vom 12.06.1983

17 Bedienstete des Gefängnisses Hasdal angeklagt

Aus dieser Meldung geht hervor, daß Talip Yılmaz, ein vermeintlicher Angehöriger der MLSPB am 20.10.1982 bei der bewaffneten Auseinandersetzung im Anschluß an den Fluchtversuch erschossen wurde.

Hürriyet vom 14.06.1983

1 Person getötet, die dem Haltebefehl nicht folgte

In Altinözü wurde der 35-jährige Bürgermeister von Mayadali, Hüseyin Kutay, getötet, als das Auto des Richters aus der Kreisstadt dem Befehl der Gendarmen, stehen zu bleiben, nicht Folge leistete. Bei dem Vorfall wurde die Frau des Richters, der den Wagen fuhr, verletzt.

g) FOLTER

Cumhuriyet vom 03.06.1983

Revision gegen den Freispruch für Bekir Pullu eingelegt

Die Nebenkläger haben Revision gegen den Freispruch des Polizeibeamten Bekir Pullu eingelegt. Der Polizist war beschuldigt worden, die Angeklagten des Dev-Yol Verfahrens, Oguzhan Muftuoglu und Nasuh Mitap im Polizeigewahrsam gefoltert zu haben. Der Militärstaatsanwalt Kurar Beyazit hatte in der Verhandlung am 8.12. 1982 Freispruch für den Angeklagten gefordert und dabei darauf verwiesen, daß die Geschädigten gefoltert worden sein können, daß es aber nicht genügend Beweise gebe, daß Bekir Pullu sie gefoltert habe. Das Gericht hatte daraufhin am 13. April 1983 den Freispruch verkündet.

Hürriyet vom 10.06.1983

4 Folterpolizisten wurden zu 30 Jahren verurteilt

Die 4 Sicherheitsbeamten, Hauptkommissar Kemal Kartal, stellvertretender Kommissar Mehmet Haytan, Polizeibeamte Mehmet Güden und Hasan Sapançali, wurden jetzt vor dem Militärgericht Nr. 1 in Erzurum für schuldig befunden, den Schneider Oruc Korkmaz, der eine linke Anschauung hatte, im Januar 1980 in Kars durch Folterungen getötet zu haben. Dafür wurden die Beamten mit Haftstrafen zwischen 7 und 8 Jahren belegt.

Cumhuriyet vom 12.06.1983

Der TDKP-Prozeß

Im TDKP-Prozeß von Ankara mit 9 Angeklagten ergingen die Urteile. In ihrem letzten Wort erklärte die Angeklagte Gulay Celik, daß es sich bei der Folter um ein Verbrechen an der Menschlichkeit handele und daß sie bei ihrer Verteidigung der Schuldlosigkeit der Folter gegenüber nicht schweigen könne. Der Anwalt Ismail Sami Cakmak bewertete die Aufnahme eines Urteils in einem weiteren TDKP-Verfahren vor dem gleichen Gericht in die Akte als Voreingenommenheit des Gerichtes und betonte, daß dieses Urteil noch nicht rechtskräftig sei und deshalb keine Beweiskraft habe. Der Richter verkündete sodann die Urteile, bei denen er auch den persönlichen Charakter der Angeklagten berücksichtigte. Die Angeklagte Gulay Celik wurde zu 6 Jahren und 8 Monaten Haft verurteilt. 5 weitere Angeklagte erhielten Strafen zwischen 6 und 10 Jahren. 3 Angeklagte wurden freigesprochen.

Cumhuriyet vom 14.06.1983

Die Urteilsbegründung im TDKP-Verfahren wurde bekanntgegeben

Das Urteil des TDKP-Verfahrens von Ankara mit 20 Angeklagten, das vor einiger Zeit erging, wurde nun begründet. In der Begründung geht das Gericht zusam-

menfassend auf die Aussagen ein und sagt dann: "Wenn auch die Angeklagten behauptet haben, daß ihre Aussagen unter Folterungen aufgenommen und nicht richtig seien, so hat sich das Gericht dieser Art von Verteidigung nicht angeschlossen. Aus der Art der Festnahme der Angeklagten und ihrer Tatmittel, ergibt sich unzweifelhaft, daß sie sich in organisierten Aktivitäten befunden haben und ihre Erklärungen bei der Sicherheitsbehörde richtig sind." Weiter unten geht die Urteilsbegründung auf die Behauptung der Angeklagten und Verteidiger ein, daß die Aussagen bei der Polizei nicht richtig sind: "Sowie die Schilderung des materiellen Vorfalles bei dem Geständnis mit anderen Beweismittel übereinstimmt, bedeutet die Gewalt, die zur Erlangung des Geständnisses angewandt wurde, ein Thema für die rechtliche Verantwortung derjenigen, die sich dieses Mittels bedienen." Das Urteil wird in der nächsten Zeit zum militärischen Revisionsgericht kommen.

Cumhuriyet vom 15.06.1983

Das Dev-Yol Verfahren

Im Dev-Yol Verfahren von Ankara mit 611 Angeklagten wurde mit der Vernehmung der Angeklagten fortgefahren. Die Angeklagte Ayse Gulay Ozdemir sagte dabei, daß sie an der Universität zur Studentenvertreterin gewählt worden sei, daß die ÖTK (so etwas wie ASTA, tid) nicht im Sinne der THKP-C gearbeitet habe, sondern sich ausschließlich auf Hochschulfragen konzentriert habe. Sie selber habe die Ansichten der Zeitschrift 'Devrimci Yol' akzeptiert, sei aber kein Mitglied dieser Organisation. Sie lehnte ihre polizeiliche Aussage ab und sagte: "Entweder gelten die polizeilichen Aussagen nicht oder aber Folter ist legitim." Der verhandlungsführende Richter sagte darauf, daß Folter kein legitimes Mittel sei: "Folter paßt nicht in den rechtlichen Rahmen. Ein zivilisierter Mensch kann Folter nicht rechtfertigen."

Cumhuriyet vom 15.06.1983

Das Innenministerium wurde im Hasan-Asker-Özmen-Verfahren verurteilt

Das oberste Verwaltungsgericht (Danistay) hat das Innenministerium zur Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 392.000 Lira an materieller und 200.000 Lira an ideeller Entschädigung verurteilt, weil bei dem Tod durch Folter des Gefangenen Hasan Akser Özmen auf dem Polizeipräsidium in Ankara ein dienstliches Vergehen festgestellt wurde.

h) HAFTBEDINGUNGEN

Cumhuriyet vom 13.06.1983

Anträge zu freien Gesprächen am Vatertag werden untersucht

Die Anträge an die Gefängnisleitung von Mamak wegen offener Gespräche mit den Gefangenen am Vatertag, dem 19. Juni, werden untersucht. Bislang wurde nach Mitteilung der Zuständigen noch kein Beschluß gefaßt. Sie teilten aber mit, daß eine große Anzahl von Anfragen eingegangen sei.

alternative türkeihilfe (intern)

Brief an den Vater

Auf Umwegen erreichte die alternative türkeihilfe der Brief eines Gefangenen im Sondergefängnis von Bartin, den der Gefangene an seinen Vater gerichtet hat. Er war mit der Aufforderung versehen, ihn an die Öffent-

lichkeit zu geben, so daß der Vater ihn ohne Veränderungen ins Ausland schickte. Obwohl der Schreiber angibt, keine Angst vor den Konsequenzen zu haben, verschweigen wir die Namen aus Sicherheitsgründen.

Mein lieber Vater,

Du weißt, daß wir von Zeit zu Zeit mit Besuchs- und Schreibverbot belegt werden. ... Man hat hier versucht, uns 6 Monate mit den Faschisten zusammenzulegen. Aber am Ende mußten sie uns wieder trennen. Jetzt drohen sie bei jeder Gelegenheit damit, uns wieder zusammenzulegen.

Hier ist es auch verboten, daß wir uns wie Menschen anziehen. Wir müssen die fürchterliche Kleidung anziehen, die Du an mir ja gesehen hast. Diese Sachen ziehe ich nun schon seit einem Jahr an, das Essen ist sehr schlecht. Der Garten steht den ganzen Tag leer, aber wir dürfen nur 3,5 Stunden raus. Ohne irgendeinen Grund schließen sie abends die Kantine. Uns stecken sie alle in die schmutzigen, luftleeren und dunklen Zellen. Aus reiner Willkür stecken sie unsere Freunde in die Isolationszellen, zerbrechen unsere Sachen mit dem Vorwand des Duchsuchens, zerreißen unsere Bücher. ...

Selbst wenn einige dieser Praktiken direkt vom Ministerium herrühren, so kommen einige doch auch von der Willkür der hiesigen Leitung. ... Einige unserer Freunde, die vor einem Monat in unserem Namen mit der Leitung sprechen wollten, haben sie ohne Angabe einer Dauer in die Isolationszellen gesteckt, um uns einzuschüchtern.... Um gegen diese willkürlichen Maßnahmen zu protestieren, haben wir beschlossen, vom 2. Juni an, die lumpigen Klamotten nicht mehr anzuziehen. Die Leitung hat darauf in der bekannten Weise reagiert. Neben dem Besuchs- und Schreibverbot hat sie uns noch unsere eigene Kleidung abgenommen und uns mit der Unterwäsche zurückgelassen. Dazu noch andere Repressalien. Aber egal, wir müssen den ungerechten und unmenschlichen Bestrebungen Einhalt gebieten.

Ich habe folgenden Wunsch:

Wendet Euch zusammen mit anderen Verwandten und Bekannten, sowie anderen Besuchern schriftlich, mündlich, telefonisch oder telegrafisch an das Justizministerium, die Kriegrechtskommandantur von Gölcük, die Staatsanwaltschaft von Gölcük, die Leitung des Gefängnisses, die Kolumnisten in den Zeitungen und andere Stellen und bringt unsere Probleme zum Ausdruck. Verlangt nach einer Lösung. Selbst wenn ein Besuchsverbot besteht, können wir uns sehen, wenn der Staatsanwalt es will.

Diesen Brief haben ich Euch zukommen lassen, indem ich einem Freund, der aus der Haft entlassen wurde, Eure Adresse gab, und er die Dinge, die ich ihm erzählte aufschrieb.

Internationale Beziehungen

Tercüman vom 02.06.1983

Vertreter von Irak: Die Beruhigungsoperation der türkischen Armee ist eine heilige Operation geworden

In einem Interview sagten die Vertreter des Irak, daß die Operation der türkischen Armee gegen die bewaffneten Elemente an der Grenze eine heilige Operation gewesen ist. Sie erklärten, daß der Eingriff von der irakischen Regierung geduldet wurde und daß sich ungefähr 2.000 türkische Soldaten auf irakischem Boden befunden haben. Sie äußerten ihre Zufriedenheit, daß die türkische Armee mit den bewaffneten Banden aufgeräumt habe, die sowohl den Irak als auch den Nachbarn Türkei immer beunruhigt haben.

Tercüman vom 02.06.1983

Bayülken: Der erweiterte Flughafen Konya wird für die Awacs Flugzeuge im Dezember in Dienst genommen werden

Der Verteidigungsminister Ümit Haluk Bayülken, sagte auf der Frühjahrsversammlung der NATO, daß in der ersten Hälfte des Juni eine Delegation der NATO die Türkei besuchen werde. Auf die Frage eines Reporters versicherte er, daß der Flughafen in Konya bis Dezember 1983 soweit ausgebaut sein werde, daß von dort die Frühwarnflugzeuge AWACS starten können.

Cumhuriyet vom 06.06.1983

In einem geheimen NATO-Dokumente wird eine Verbindung zwischen der Blitzeingreiftruppe und der Türkei hergestellt

In der Versammlung der NATO von letzter Woche, an der auch der Verteidigungsminister Bayülken teilnahm, wurde ein 'Dokument der politischen Empfehlungen' verabschiedet, daß sich auf die Jahre 1983-1984 bezieht. In dieser Urkunde wird auch den Plänen der USA in Bezug auf die Schnelle Eingreiftruppe (RDF) ein breiter Raum eingeräumt. An der Stelle, an der von der Südflanke der NATO die Rede ist, sollte ursprünglich alternativ Türkei stehen. In dem Dokument heißt es, daß von einem Konflikt im Nahen Osten die Südflanke der NATO unmittelbar betroffen wäre, d.h. die Türkei. Wie aus zuverlässigen Quellen verlautete, haben die Vertreter der Türkei dieses Dokument sehr gerne unterzeichnet, da hierdurch der Wert der Türkei innerhalb der NATO ansteigt.

Cumhuriyet vom 09.06.1983

Der Pentagon hat für die türkischen Panzer dem Kongreß einen Entwurf vorgelegt

Das Verteidigungsministerium der USA hat vom Kongreß die Vollmacht über die Modernisation von 600 Panzern in der Türkei verlangt. 155 Millionen Dollar sollen für neue Materialien ausgegeben werden. Die Rohre des M 48 A1 sollen von 90 mm auf 105 mm umgerüstet werden. In dem Entwurf des Pentagon wird darauf hingewiesen, daß diese Modernisation notwendig ist, und das Gleichgewicht in der Region nicht stört, daß weiterhin darauf geachtet werde, daß die friedfertigen Lösungsversuche für Zypern von den Maßnahmen nicht berührt werden. Ein ähnlicher Entwurf war schon im letzten Jahr in den Kongreß eingebracht worden. Der Kongreß hat die Möglichkeit, den Entwurf durch ein Veto innerhalb von 30 Tagen zu Fall zu bringen.

Günes vom 09.06.1983

Die Einsatztruppe kann in 50 Minuten in Erzurum landen

Der englische Oberst Alen Cry machte bekannt, daß die schnelle Einsatztruppe der NATO innerhalb von 50 Minuten auf dem als Sammelpunkt eingerichteten Flughafen von Erzurum landen könne. Er sagte, daß zwischen der Zentrale in Europa und dem Sammelpunkt in 10 Sekunden Verbindung hergestellt sei und führte aus, daß seit dem 28. Mai 2000 Soldaten und 550 Materialien angekommen seien. Dieses Vorhaben werde am 10. Juni beendet sein. Unterdessen ging der Transport der Soldaten mit Flugzeugen vom Typ C-130 weiter.

Cumhuriyet vom 13.06.1983

IWF: Nach der Veränderung der wirtschaftlichen Leitung

kam es zum Stillstand

Der Internationale Währungsfonds wird den Türkeibericht am 22. Juni behandeln. Neben einer allgemeinen Zufriedenheit werden aber auch einige Bedenken geäußert. Unter anderem wird darauf verwiesen, daß

- * die inflationäre Tendenz anhält,
- * Unentschlossenheit bei der Festlegung der Währung
- * die Schutzmaßnahmen bei der Einfuhr einen verminderten Effekt auf die Ausfuhr haben.

Sollte es zu einem neuen 'stand-by' Abkommen mit dem IWF kommen, so erwartet die Türkei einen erneuten Kredit in Höhe von 240 Millionen Dollar.

Hürriyet vom 15.06.1983

Unsere Einstellung zum Zypernproblem ist klar: Nicht- anerkennung (des UN-Beschlusses, tid)

Wie aus Regierungskreisen verlautete, wird der Beschluß der UNO zu Zypern, der mit 103 gegen 5 Stimmen gegen die Türkei gefaßt wurde, nicht anerkannt werden. Es wurde gesagt, daß die blockfreien Länder der Propaganda von Griechenland aufgefressen sind. In dem Beschluß war gefordert worden, daß die türkischen Armee sich von Zypern zurückzieht.

Cumhuriyet vom 15.06.1983

Die Weltbank wird einen Kredit von 784 Millionen Dollar geben

Die Weltbank wird für die Periode von Juli 1983 bis Juni 1984 der Türkei einen Kredit von 783,6 Millionen Dollar zur Verfügung stellen. Ein entsprechender Beschluß wird auf der Versammlung im Juni ergehen. Dieser Kredit wird bis auf die Ausnahme von Waffenkäufen für alle Güter bei der Einfuhr verwendet werden. Sollte dieser Kredit verabschiedet werden, so hat die Türkei in einem strukturellen Eingliederungsprogramm von der Weltbank insgesamt 1,1795 Milliarden Dollar bekommen.

Cumhuriyet vom 15.06.1983

Die Schulden der Türkei an den IWF haben 2 Milliarden Dollar überstiegen

Die innerhalb des Stabilisierungsprogrammes an die Türkei in den letzten 5 Jahren vergebenen Kredite des Internationalen Währungsfonds haben inzwischen die Höhe von 2 Milliarden und 50 Millionen Dollar erreicht. Das sind 10% aller Auslandsschulden der Türkei. Dies bedeutet gleichzeitig, daß die Türkei das 6-Fache ihrer Einlage von der Institution bekommen hat und damit das Mitgliedsland mit der höchsten Auszahlung ist.

Demokratisierung

Günes vom 05.06.1983

Wer nicht wählt, erhält eine Strafe

Die Stimmenabgabe bei den allgemeinen Wahlen der Abgeordneten wird zur Pflicht. Wer keinen ausreichenden Verhinderungsgrund vorweisen kann, wird mit einer Geldstrafe zwischen 500 und 5000 Lira bestraft. Diese Regelung ist in dem Entwurf der Planungskommission des Nationalen Sicherheitsrat für das Wahlgesetz enthalten, der nun noch vom NSR verabschiedet werden muß.

Günes vom 07.06.1983

Auf der Liste der MDP wurde gegen 3 Kandidaten Veto eingelegt

Der Nationale Sicherheitsrat hat auf der Liste der Gründer der Partei der Nationalistischen Demokratie (MDP), die am 16. Mai eingereicht worden war, Einspruch gegen Misbah Ongan, Ali Riza Cetiner und Abdurrahman Güler eingelegt. Auf diese Weise ist die Zahl der Gründer bei der MDP auf 38 gesunken. Da nach den Bestimmungen der NSR 20 Tage Zeit hat, Einspruch einzulegen, wird für die Vaterlands- und Volkspartei erwartet, daß in den nächsten Tagen die Bescheide über Personen eingehen, gegen die Bedenken bestehen.

Hürriyet vom 07.06.1983

Parteimitglieder werden erfaßt

Bei der Oberstaatsanwaltschaft des Kassationsgerichtshofes wurde eine Einheit gegründet, die den Namen 'Register der politischen Parteien' hat. In dieser Abteilung werden alle Parteimitglieder erfaßt und innerhalb der Verfassung und bestehenden Gesetze einer strengen Kontrolle unterworfen. Sollte die Abteilung es für notwendig erachten, so können von hier aus auch Untersuchungen über die Mitglieder angestrengt werden. Zunächst aber wird bei einem Parteieintritt überprüft, ob dies im Rahmen der bestehenden Gesetze möglich ist und ob z.B. jemand als Gründer tätig werden darf.

Cumhuriyet vom 08.06.1983

Zwei Personen, die unter das Verbot fallen, dürfen in der MDP tätig sein

Neben dem Verbot für drei Gründer der Partei der nationalistischen Demokratie (MDP) hat der Nationale Sicherheitsrat außerdem durch gesonderten Beschluß bestimmt, daß 2 Mitglieder, die ursprünglich nach dem Dekret-Nr. 79 unter das Verbot der politischen Betätigung fallen, weiter für die Partei tätig sein können. Es sind dies der ehemalige Bürgermeister von Buca, Isilay Saygin, der nun Provinzvorsitzender für Izmir in der Partei ist, und Yavuz Onursal, der den Vorsitz des Zentralkreises in Izmir innehat und für die Wahlaktivitäten zuständig ist.

Cumhuriyet vom 10.06.1983

Wer aus einer Partei ausgeschlossen wird, darf in den nächsten fünf Jahren keinen Verein gründen

Der Gesetzesentwurf für das Vereinsgesetz wurde dem Ministerpräsidium unterbreitet. In dem Entwurf sind die wichtigsten Bestimmungen folgende:

- * Studenten unter 18 Jahren oder über Realschüler, selbst wenn sie über 18 Jahre alt sind, dürfen keine Vereine gründen.
- * Es darf kein Verein gegründet werden, der mit dem Namen einer Partei, Gewerkschaft oder Konföderation Ähnlichkeit hat.
- * Die Vereinsregister werden bei den Polizeipräsidenten der Provinzen geführt.
- * Die Bediensteten im öffentlichen Dienst dürfen solchen Vereinen beitreten, die das Kabinett bestimmt.
- * Kein Verein darf auf den Dörfern Zweigstellen betreiben.
- * Der Gouverneur kann die Tätigkeit des Vereines unterbinden. Dieser Beschluß kann gerichtlich aufgehoben werden.
- * Vereine dürfen nicht durch den Verkauf eigener Druckerzeugnisse oder sonst Spenden sammeln.
- * An den Hochschulen darf jeweils nur ein Studentenver-

ein gegründet werden.

* Ein endgültiger Ausschluss aus einer Partei hat zur Folge, daß derjenige in den darauf folgenden 5 Jahren keinen Verein gründen darf.

Tercüman vom 09.06.1983

Veto gegen 7 von der Ana-P. und 6 von der HP eingelegt

Gegen 7 Gründungsmitglieder der durch Turgut Özal gegründeten Vaterlandspartei (Ana-P.) wurde durch den Nationalen Sicherheitsrat Veto eingelegt. Es sind dies: Hüsnü Dogan (stellvertretender Vorsitzender), Sadi Pehlivanoglu (stellvertretender Vorsitzender) und die Mitglieder Erol Aksoy, Cemil Cicek, Cavit Kavak und Muzaffer Atilgan.

In der Volkspartei (HP), die durch Necdet Calp gegründet wurde, hat der NSR gegen 6 Gründungsmitglieder Veto eingelegt. Es sind dies die zwei stellvertretenden Vorsitzenden Aytekin Yıldız und Turgut Altinkaya, der Generalsekretär Ümit Teoman und die Mitglieder Engin Aydın, Mehmet Sahin und Abdullah Kütküt. Auf der Liste der Einsprüche war auch Naci Cidal vermerkt, aber die HP machte darauf aufmerksam, daß dieser schon vorher von seinem Posten zurückgetreten sei. *Ann.: In der Zeitung Hürriyet ist am gleichen Tag als 7. Person bei der Vaterlandspartei Adnan Kahveci vermerkt, der vormals Staatssekretär im Ministerpräsidium war und in der Partei stellvertretender Vorsitzender war, tid.*

Tercüman vom 11.06.1983

Die Vorstände der 'Kammern' dürfen nicht in die Parteien eintreten

In einem Gespräch mit dem obersten Staatsanwalt der Republik erfuhr Tercüman, daß dort emsig gearbeitet wird, um die Register für alle Parteien ordnungsgemäß zu führen. Wie der oberste Staatsanwalt der Republik, Firuz Cilingiroglu sagte, bestehen bei den drei Parteien MDP, HP und Ana-P. keine Verfassungswidrigkeiten. Zur Überprüfung der Parteimitglieder sei es aber notwendig, für jede Partei wenigstens 1551 Akten anzulegen, da man die Parteistruktur bis auf die Kreisebene verfolgen müsse. Bei zehn Parteien hieße das, einen Berg von 15.510 Akten anlegen zu müssen.

Bezüglich weiterer Beschränkungen für die Vorstände der 'Kammern' sagte der Oberstaatsanwalt, daß die derzeit eingehenden Beschwerden sorgfältig geprüft würden.

Tercüman vom 12.06.1983

Auch die Vorstände der Anwaltskammern dürfen den Parteien nicht beitreten

Nach einer Mitteilung des obersten Staatsanwaltes der Republik werden derzeit die Mitglieder der Parteien daraufhin kontrolliert, ob sie als Mitglieder der Vorstände von öffentlichen Körperschaften vor dem Beitritt in die Partei zurückgetreten sind oder nicht. Die Notwendigkeit einer solchen Überprüfung ergebe sich aus dem Artikel 11 des Parteigesetzes und dem Artikel 68 der Verfassung.

Cumhuriyet vom 14.06.1983

Das Wahlgesetz hat Rechtskraft bekommen

Durch Veröffentlichung im gestrigen Amtsblatt hat das Wahlgesetz Rechtskraft bekommen. Als wesentliche Bestimmungen kann man bezeichnen, daß Personen, die an den Wahlen am 6. November nicht teilnehmen, mit Strafen von 2.500 Lira belegt werden, die Kandidaten für die Wahl mit einer zwei Drittel Mehrheit der Gründer

bestimmt werden, daß Kandidaten für den Sitz eines Abgeordneten, gegen den der NSR Veto einlegt, in 2 Tagen ersetzt werden müssen, wobei die Parteien sich an den NSR zu wenden haben. Weitere Bestimmungen sind: Türken, die sich im Ausland befinden, können an den Wahlen teilnehmen, wenn sie sich mindestens 15 Tage vor den Wahlen mit Paß in dem für sie zuständigen Wahlbüro melden. Bis zum Anfangsdatum der Wahlzeit, die vom Wahlausschuß bekannt gegeben wird, müssen die Parteien wenigstens in der Hälfte der Provinzen organisiert sein, in denen sie sich zur Wahl stellen. Die für die Wahlen aufgestellten Kandidaten werden innerhalb von 12 Tagen durch den NSR überprüft. Für die Parteien wird eine Hürde von 10% eingebaut, um Abgeordnete ins Parlament zu bekommen. Offiziere und Unteroffiziere, die bei den Wahlen nicht gewinnen, können nicht wieder in die Armee eintreten.

Wirtschaft

Günes vom 28.05.1983

Zahl der Arbeitslosen in der Türkei

In einem Schaubild sind hier die Zahlen der Arbeitslosen für die letzten Jahre eingetragen. Wir geben sie in einer Tabelle wieder:

1973	1,564 Millionen
1974	1,862 Millionen
1975	2,031 Millionen
1976	2,066 Millionen
1977	2,183 Millionen
1978	2,225 Millionen
1979	2,367 Millionen
1980	2,651 Millionen
1981	2,975 Millionen
1982	3,335 Millionen

Als Quelle ist das Staatliche Planungsamt angegeben. tid.

Cumhuriyet vom 11.06.1983

Arbeitslohn in 5 Jahren um 28% gesunken

In einem Bericht der Gewerkschaftskonföderation Türk-Is für die Jahre 1982 und 1983 wird vermerkt, daß sich die Reallöhne seit 1976 ständig verschlechtert haben und in einem Zeitraum von 5 Jahren um 28% gesunken sind. Der Bericht, der hauptsächlich auf Angaben der Sozialversicherungsanstalten (SSK) und dem Staatlichen Statistikinstitut (DIE) beruht, führt außerdem aus, daß die nominellen Lohnerhöhungen des Jahres 1981 im Zusammenhang mit der Neuordnung der Einkommenssteuer gesehen werden müssen.

Cumhuriyet vom 14.06.1983

Yilmaz: Türk-Is steht vor einer schweren Prüfung als Gewerkschaft

Auf einem gemeinsam mit der Internationalen Arbeitsorganisation durchgeführten Kurs für Ausbildung und Technik der Arbeiter sprach der Vorsitzende des Gewerkschaftsverbandes Türk-Is, Sevkett Yilmaz, und forderte die Mitglieder auf, das neue Gewerkschaftsgesetz gut zu studieren. *"Gewerkschaftliche Aktivität beginnt in der Türkei von Neuem,"* sagte er. Der Vertreter der ILO, Bruce Mc. Donald, sagte daß das türkische Gewerkschaftstum in den letzten zwei Jahren unter dem Feuer internationaler Gewerkschaften gestanden habe. Er betonte, daß er einige Bedenken zu der künftigen Entwicklung habe, daß aber die Zusammenarbeit mit Türk-Is sich entwickle.

Cumhuriyet vom 14.06.1983

Die 6,5 Monate dauernde Beschränkung des Stromverbrauches hat begonnen

Die Einschränkung des Stromverbrauches, die bis zum 31. Dezember des Jahres andauern wird, hat gestern begonnen. Wie der Direktor des Elektrizitätswerkes (TEK), Kamil Toktas, dem Reporter von Cumhuriyet mitteilte, soll die Beschränkung des Stroms in diesem Jahr unterschiedlich gehandhabt werden. Man will nun nicht mehr für bestimmte Stunden den Strom ausschalten, sondern je nach Verbrauch den Industrieunternehmen weniger Strom zukommen lassen. Diese Einschränkung würde dann solche Betriebe betreffen, die über 500 kw verbrauchen. Den ihnen zugewiesenen Strom könnten sie nach eigenem Plan verwenden. Die Beschränkungen sollen bei 16% liegen.

BRD

Milliyet vom 2.6.1983

Ausländer, die mehr als 7 Jahre in Dänemark leben, werden nicht ausgewiesen

Das dänische Parlament nahm einige Veränderungen am Ausländergesetz vor, von denen die wichtigsten folgende sind:

- Ausländerangelegenheiten werden vom 1.1.1984 an von einem zivilen Organ, das dem Justizministerium angeschlossen ist, betreut und nicht mehr von der Ausländerpolizei.
- Unter der Bedingung, daß der Unterhalt gewährleistet ist, können Ausländer Kinder unter 18 Jahren und Eltern über 60 Jahren nach Dänemark nachholen. Dabei dürfen in der Heimat keine weiteren Kinder sein, die sich um die Eltern kümmern.
- Ausländer, die seit mehr als 7 Jahren in Dänemark leben, werden wegen einer leichten Strafe nicht mehr ausgewiesen. Ausnahmen: Vergehen gegen die Staatssicherheit, Rauschgiftvergehen; bei Verurteilungen zu mehr als 6 Jahren Gefängnis erfolgt die Ausweisung.

Hürriyet vom 6.6.1983

Die SPD behindert (den Bau, tid) unserer Kriegsschiffe

Der Bau von türkischen Kriegsschiffen auf Kieler Werften verzögert sich, weil der Hamburger Senat, der von der SPD regiert wird, keine Bestätigung gibt. Obwohl al-

le Pläne fertig sind, wurde der Bau unserer Kriegsschiffe auf die lange Bank geschoben, während Deutschland an Griechenland 110 Leopardpanzer liefert. Außerdem erhält Griechenland aus Amerika 110 M-60-Panzer und die insgesamt 220 Panzer sollen bis zum September übergeben werden.

Entgegen der positiven Ansätze in der Ausländerpolitik zeigt die SPD beim Thema Türkeihilfe diese Haltung besonders wegen der Opposition des linken Flügels nicht. Diese Tatsache wurde beim Bau unserer Kriegsschiffe wieder einmal bewiesen.

Während die Bundesregierung und der Kieler Senat ihre Zustimmung gegeben haben, hat der Hamburger Senat noch kein grünes Licht für die 150 Mio. DM gegeben.

Der Sprecher von Blohm und Voss wies darauf hin, daß der Bau der Kriegsschiffe für die Türkei einen Teil der Schiffsindustrie retten werde.

Türkische Arbeiter sagten zu diesem Thema, daß einige linke Senatoren nur gegen die Bewilligung der 150 Mio. DM seien, weil sie die Türkei in eine schwierige Lage bringen wollen. Sie wußten nicht, welche Absichten der Hamburger Senat habe. Der Senat habe kein einziges der Opfer aus der Zeit vor dem 12. September 1980 auf den Bildschirm gebracht, gebe aber weiterhin den Mördern und dem Terror Prämien. Sie wußten, daß die Türkei auf einem guten Weg sei. Mit der Bewilligung werde tausenden von Arbeitern Arbeit ermöglicht und sie könnten in Ruhe weiterarbeiten.

Tercüman vom 6.6.1983

Den Formalitäten entsprechend-wider die Menschenrechte

Die Ausländerbehörde in Waiblingen hat dem Türken Dogan Yildirim, der seit 11 Jahren in der Bundesrepublik arbeitet, mitgeteilt, daß seine unbefristete Aufenthaltserlaubnis aufgehoben werde, wenn er nicht bis zum 20.7.1983 eine ausreichende Wohnung gefunden hat.

Die Stadtverwaltung hatte ihm eine Wohnung mit 2 Zimmern zugewiesen, nachdem die Wohnung, in der er früher mit seinen 5 Kindern gewohnt hatte, abgerissen worden war. Dann wurde gefordert, daß Dogan Yildirim die Wohnung verlassen und sich eine andere Wohnung suchen solle. Seine Bemühungen waren aber erfolglos, so daß er weiterhin dort wohnen blieb. Die Ausländerbehörde teilte ihm dann mit, daß seine Wohnung zu klein sei und seine unbefristete Aufenthaltserlaubnis aufgehoben werde, falls er bis zum 20.7.1983 keine große Wohnung gefunden habe. Er könne sogar ausgewiesen werden. Dogan Yildirim spielt jetzt für den Fall, daß er keine ausreichende Wohnung findet, mit dem Gedanken, zwei seiner Kinder in die Türkei zurückzuschicken.

IMPRESSUM

TURKEI INFODIENST DER ALTERNATIVEN TURKEIHILFE
V.i.S.d.P. und Verleger Michael Helweg, Postfach 7088, 4900 Herford
Einzelpreis 1,50 DM

Abonnement 6 Monate - 20,- DM, 1 Jahr - 40,- DM

Kündigung des Abos: Bei 6 Monaten - 6 Wochen vor Ablauf, Bei 1 Jahr - 3 Monate vor Jahresende

Wird das Abo nicht gekündigt, verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum

Konten: Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01-304, BLZ 250 100 30

Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford, Nr. 1 000 008 613, BLZ 494 501 20

Der 'turkei-infodienst' erscheint 14-tägig